

G8

= Gruppe der 8 größten Industrienationen mit regelmäßigen Gipfeltreffen.

Nächster Gipfel: 6.-8. Juni 2007 in Heiligendamm, Mecklenburg-Vorpommern.

GEGENWIND RESISTANCE

6. Sozialabbau

Die Politik des Weltwirtschaftsgipfels kommt bei uns zu Hause an. Die G8 globalisiert (auch) Unsicherheit und soziale Ungerechtigkeit. Im dauernden Standortwettbewerb der Nationalstaaten geraten Soziale Sicherungssysteme unter die Räder.

Sozialabbau ist kein Naturgesetz

Auf den ersten Blick geht es bei den G8-Gipfeln und bei der Globalisierung um internationale Zusammenhänge und hochflexible Akteure: Großunternehmen, die UNO, die Welthandelsorganisation WTO, Internationale Finanzinstitutionen wie Weltbank und Internationaler Währungsfond IWF, vielleicht auch noch die Nato oder den Pariser Club.

Sozialpolitik ist jedoch ebenfalls stark von diesen Strukturen und den globalen Veränderungen betroffen. Zwar sind die jeweiligen nationalen Regierungen, manchmal sogar noch kleinteiliger die Bundesländer oder Städte und Gemeinden, verantwortlich für gesetzliche Krankenversicherungen oder Rentensysteme, Kinderbetreuungseinrichtungen, Sozialhilfe und Arbeitsmarktpolitik. Aber die weltweite „Deregulierung“ wirkt in jede „Innenpolitik“ hinein.

G8: von Anfang an inclusive Sozialabbau

Schon der allererste „Weltwirtschaftsgipfel“ 1975 sprach nicht nur über internationale Handelsfragen: Die „hohe Arbeitslosigkeit, anhaltende Inflation und schwerwiegende Energieprobleme“ müsse man überwinden, hieß es in der Abschlusserklärung. Schon damals setzten die mächtigsten Industriestaaten auf den „freien Handel“ als Lösung. Bis heute sind sie dabei auf mindestens einem Auge blind. So entstehen zwar in einzelnen Branchen und an einzelnen Orten durchaus neue Arbeitsplätze, aber nicht selten unter fragwürdigen Bedingungen in „Niedriglohnländern“. Indem sich die Staaten auf Bekämpfung der Inflation

als vorrangiges Ziel festlegten, schränkten sie ihre eigene haushalts- und arbeitsmarktpolitische Bewegungsfreiheit ein. Sozialabbau wurde zum festen Begleiter der globalen Wirtschaftspolitik. Auch in anderen sozialpolitischen Fragen griff die G8 zum Rezept Privatisierung und Rückzug des Staates, ganz gleich, ob es um Gesundheit, Altersversorgung oder um Bildung geht. Immer deutlicher propagierte die G8 das Konzept des Neoliberalismus. 1983 gab der Gipfel die schon im Titel zynisch anmutende „Erklärung zur wirtschaftlichen Gesundung“ ab. Ein Musterstück der Liberalisierung ist wohl die von den G8 maßgeblich beeinflusste Welthandelsorganisation WTO. Sie ist

der Marktideologie verpflichtet und entwertet nach und nach andere internationale Regeln, etwa die wichtigen Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO.

Schwache Staaten?

Nationale Regierungen lösen vergleichbare Probleme auf sehr verschiedene Weise. Über internationale

Verträge wie die der WTO erfolgt mittlerweile eine internationale Angleichung. Eine wichtige Rolle spielen dabei multinationale Konzerne, die in verschiedenen Staaten aktiv sind und damit verschiedenen Regeln unterliegen (können). Ihnen gelingt es immer wieder, sich die jeweils günstigsten Bedingungen herauszusuchen. Obwohl Staaten die Möglichkeit hätten, bspw. durch das Steuer- und Unternehmensrecht die Konzerne zu zügeln, leisten sie sich seit Jahrzehnten einen Wettlauf darum, den Konzernen die günstigsten Bedingungen zu bieten.



factsheet 6⁸

8x Fakten gegen G8

1. Internationale Finanzmärkte
2. Schulden und Steuern
3. Geistige Eigentumsrechte
4. Energie und Umwelt
5. G8 und Krieg
6. Sozialabbau
7. Dienstleistungen
8. Landwirtschaft

Manchmal nutzen Verantwortliche die komplexen Entscheidungsstrukturen, um ihre Hände in Unschuld zu waschen. So berief sich der damalige Bundeskanzler Schröder 2003 bei der Verkündung der Agenda 2010, des größten Sozialabbauprogramms in der Geschichte Deutschlands, auf EU-Beschlüsse. Zwar war er an bestimmte Anforderungen gebunden, aber Schröder war gleichzeitig einer der europäischen Staats- und Regierungschefs, die auf ihrem Gipfeltreffen in Lissabon im Jahr 2000 eine Strategie festlegten, wie die EU zum mächtigsten Wirtschaftsraum der Welt werden solle. Sie vereinbarten u.a. die Liberalisierung von Gas, Strom, Postdiensten und Verkehr sowie des Dienstleistungsbereiches, eine Deregulierung der Arbeitsmärkte und die Umschichtung der Alterssicherung auf private Pensionsfonds.

Zum Beispiel Altersversorgung

In den meisten EU-Ländern erfolgt(e) die Altersversorgung über das so genannte Umlageverfahren. Dabei werden die eingesammelten Gelder direkt an die nicht mehr arbeitenden Rentnerinnen und Rentner ausgezahlt, die Milliarden gehen an den Finanzmärkten und ihren Institutionen vorbei. Anders ist das z. B. in den USA, wo Altersvorsorge über Rentenfonds orga-

b.w.

... Fortsetzung von Seite 1

niert ist, die das Geld der zukünftigen RentnerInnen gewinnbringend anzulegen versuchen. Die US-Rentenfonds sind enorm einflussreiche Akteure auf den Finanzmärkten und entfalten eine politische Macht, die besorgniserregend ist. Wenn solche Fonds wirtschaftlich in Schwierigkeiten geraten (wie 1995 bei der Mexikokrise) oder Unternehmen pleite gehen, ohne die Rentenbeiträge in den betrieblichen Rentenfonds gesichert zu haben (wie 2002 der Enronkonzern), können die SparerInnen ihre ganze Alterssicherung verlieren.

Die rot-grüne Bundesregierung installierte 2000/2001 die Riesterrente, die das Alterseinkommen zukünftig aufstocken und einen Schritt zu einer „Aktien-

kultur“ in Deutschland darstellen soll. Die Verantwortlichen stellten zuvor ausgiebig die Finanzierungsprobleme des Umlageverfahrens dar und vermieden es, intensiver darüber zu sprechen, warum trotz steigender Produktivität schon so lange die Löhne sinken oder warum bei der Altersvorsorge so viele hohe Einkommen nicht mit umgelegt werden. Mit ihrer Entscheidung für die Riesterrente stimmte die Politik für eine zunehmende Umleitung großer Summen in die Kapitalmärkte.

Und was kommt jetzt?

Dass heute Interessen der Aktionäre über ArbeitnehmerInnenrechte und

Umweltfragen gestellt werden, ist so, weil es politisch so gewollt ist. Anstatt Freihandel mit Durchsetzungszwang festzuschreiben, hätten auch fehlende Arbeitsnormen mit Strafe belegt werden können. Es geht nicht darum, einfach ein „Zurück“ zu fordern. Die Herausforderung lautet, globale Perspektiven zu entwickeln. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte gibt eine gute Orientierung: „Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet – einschließ- lich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärzt- liche Versorgung und notwendige sozi- ale Leistungen ... sowie das Recht auf Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität oder Verwitwung, im Alter sowie bei anderweitigem Verlust seiner Unterhaltsmittel durch unverschuldete Umstände.“

Literatur:

- Christen, Michel, Rätz, Attac-Basistext Nr. 6: Sozialstaat, VSA-Verlag, Hamburg 2003
- Rätz, Paternoga, Steinbach: Attac-Basistext Nr. 17: Grundeinkommen, bedingungslos, VSA-Verlag, HH 2005



Globalisierung geht ganz anders: Mensch und Umwelt vor Profit

! „Es ist genug für alle da“ – lautete ein Slogan der Attac-Kampagne gegen die Agenda 2010 und die Hartz-Gesetze. Wir fordern die sofortige Beendigung der Verunglimpfung und Bspitzelung Arbeitsloser, der dauernden Verschärfung und Kürzung der Hilfsleistungen bei gleichzeitigen Steuergeschenken an die Reichen und die Konzerne. Wir wollen über Konzepte wie das einer Weltkrankenkasse oder eines weltweiten Grundeinkommens diskutieren. Das Ziel ist ein visionäres, noch im Detail weiter zu entwickelndes: Globale soziale Rechte!

+ Mitmachen! +++ Unterstützen! +++ Dauerhaft dabei sein!++ Mitmachen! +++ Unterstützen! +++ Dauerhaft dabei sein! ++

G8 Kampagne unterstützen:

- o Ich möchte den G8-Newsletter bekommen (bitte E-Mail-Adresse angeben).
- o Ich möchte die G8-Factsheets weiter verteilen. Bitte schickt mir ___ Exemplare.
- o Ich spende für die G8-Kampagne ___ Euro über eine Abbuchung von meinem Konto.

Mehr zu Attac:

- o das Attac-Erst-Info.
- o ___ Expl. der Attac-Selbstdarstellung
- o Bitte schickt mir den E-Mail-Newsletter
- o Ich möchte Mitglied bei Attac werden. Ich zahle ___ Euro (ca. 5 Euro monatlich)
 - o monatlich o halbjährlich o jährlich und
 - o überweise den Betrag
- o bin damit einverstanden, dass Attac e.V. den Betrag von meinem Konto einzieht.

Absender:

Name: _____
 Straße: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____
 eMail: _____
 Konto-Nr*.: _____
 BLZ*: _____
 Datum: _____
 Unterschrift: _____